

Summen betragen, und aus diesem Gumpfe sei der Konflikt emporgewachsen.

Nach dieser Wendung, die durch ein schwer begreifliches Ungeschick des russischen Partners den Ausschlag zuzunehmen Moskauer gab, war für Briand eine Zwangslage geschaffen, der er nur durch Beharren auf der Abberufungsforderung Rechnung tragen konnte.

Frankreichs Erdöl-Politik und Rußland.

Ein Drittel des Bedarfs aus Rußland. Zwei Drittel von den Deltarüssen.

Berlin, 14. Okt. Der Pariser Korrespondent des All-Europa-Dienstes erklärt aus bester französischer Quelle, daß die französische Regierung, jetzt, nachdem Rakowski abberufen worden ist, gegenüber Rußland die folgende Petroleumpolitik führen wird: In Anbetracht des von der Royal Dutch Shell und der Standard Oil of New Jersey eingeleiteten Konkurses der Sowjet-Rohstoffprodukte hat die französische Regierung folgenden Beschluß des Nationalkomitees für ständige Devisenmaterial über die Haltung bekräftigt, die von der Regierung und den Privatgesellschaften bei dem Handel mit Deltarohstoffen im Kampf zwischen dem Deltaruss und den Sowjets einzunehmen ist:

1. Weder die Regierung noch die Privatgesellschaften dürfen die Versorgung der Marine- und Militäreservoirs und der privaten Verbraucher ausschließlich vom Sowjet-Petroleum abhängig machen, da hieraus unerwünschte Komplikationen entstehen könnten.
2. Die Menge der Ölprodukte, die Regierung und Privatgesellschaften bei der Sowjetregierung kaufen, dürfen ein Drittel des gesamten Verbrauchs des französischen Staates und der französischen Privatkonsumenten an Ölprodukten nicht übersteigen. Die übrigen zwei Drittel sind bei den Deltarüssen zu erwerben.
3. Weder die Regierung, noch die Privatgesellschaften dürfen sich von dem Recht des Ankaufs von Ölprodukten bei der Sowjetregierung lösen und sind gehalten, ihre Aufträge so zu kombinieren, daß eine Beteiligung am Exporte des russischen Öls und an der Kampagne der Deltarüssen gegen die Sowjetpolitik nicht stattfindet.

Der Petroleumkampf gegen Rußland.

Paris, 14. Oktober. Unter Vorsitz von Sir Henry Deterding fand am 12. Oktober in Paris eine Versammlung der früheren russischen und ausländischen Besitzer von Petroleumunternehmen in Rußland statt. Die Versammlung bestätigte einstimmig den im vorigen Jahre gefaßten Beschluß, den Verkauf von Naphta und Naphtaprodukten durch die Sowjetregierung sowie diesen Verkauf auf dem Weltmarkt mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Pariser Ministerrat.

Die Zollverhandlungen mit Amerika.

Paris, 14. Okt. In dem heutigen Ministerrat, dem Außenminister Briand und Innenminister Sarraut fernblieben, unterrichtete Handelsminister Bokanowski die Ratsmitglieder über die französisch-amerikanischen Zolltarifverhandlungen. Im Verlauf der zweifundigsten Beratungen setzte der Ministerrat nach Rücksprache mit Bokanowski dem Präsidenten der Finanzkommission und dem Kammerpräsidenten den Tag des Zusammentritts der Kammer auf den 3. November fest.

Nach Schluß des Ministerrates erklärte Bokanowski den anwesenden Journalisten, die französisch-amerikanischen Verhandlungen seien auf gutem Wege, land aber mit dieser Versicherung nicht ungeteilten Glauben.

Neue Schulden für die Landwirtschaft untragbar!

Der Reichslandbund fordert Prolongationen.

Mahnahmen für die Unwettergebiete dringend notwendig. Berlin, 14. Oktober. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat zur Kreditfrage der Landwirtschaft in seiner Oktobertagung folgende Entschlüsse gefaßt:

Das etwa um die Jahresmitte einsehende Einsetzen des Realkreditgeschäftes hat alle Hoffnungen und Dispositionen der Landwirte um Umwandlung eines Teils der kurzfristigen in langfristige Verschuldungen zunichte gemacht. Infolgedessen ist auch für die Beurteilung der im Laufe dieses Spätherbstes und Winteres fälligen kurzfristigen Verbindlichkeiten eine völlig neue Lage eingetreten, die völlig neue Maßnahmen erforderlich macht. Diese Lage wird dadurch erschwert, daß der kurzfristige Kreditmarkt ebenfalls für die Landwirtschaft versagt, und daß infolge der Verhältnisse die Erntearbeiten fast überall verfrüht oder zusammengebrochen worden sind, so daß weite Kreise der verschuldeten Landwirtschaft nicht in der Lage sind, sich durch sofortigen Druck und Verkauf ihrer Erzeugnisse die erforderlichen Mittel bis zum Fälligkeitsterm zu verschaffen. In dem durch das vorangegangene Unwetter besonders geschädigten Reichsteilen ist diese Not am höchsten zu achten. Hier steht die Landwirtschaft überhaupt keine Möglichkeit, irgendwelche Kredite zurückzuzahlen. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes macht daher gegenüber der Reichsregierung und dem Herrn Reichsbankpräsidenten folgenden dringlichen Vorschlag:

1. Die von dem Reichsfinanzministerium selbst gegebenen Kredite (etwa 100 Millionen) müssen mindestens bis zum 1. November 1928 prolongiert und dürfen frühestens von diesem Termin an nach einem langfristigen Tilgungsplan eingezogen werden.
2. Die am 1. Dezember planmäßig fällig werdende Rate der illiquiden Rentenbankwechsel muß ebenfalls in allen Fällen der Zahlungsunfähigkeit und Betriebsgefährdung prolongiert werden. Entweder muß durch ein Eintreten des Reiches für den Landwirt eine Prolongationsmöglichkeit geschaffen, oder aber es muß seitens der Reichsregierung an den Reparationsagenten zwecks Verringerung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen herangezogen werden.
3. Besonders dringlich ist die unter Ziffer 1 und 2 gegebene Maßnahme für die durch Unwetter geschädigten

Doner Diplomatie die Umrisse eines italienisch-spanisch-griechischen Mittelmeer-Vocarnos unter englischem Protektorat am politischen Horizont erscheinen ließ, sollte Frankreich veranlaßt werden, in der Rakowski-Angelegenheit populäre Sicherheit zu bekunden und die Distanz zwischen Paris und Moskau im englischen Sinne zu betonen. In Paris verhandelt man denn auch den Winter ohne weiteres, und der Konferenz von Palma folgte eine Zusammenkunft von Chamberlain mit Briand, bei der Frankreich gegen die Forderung, im Falle Rakowski keine Schamade zu schlagen, volle Verhütung darüber erhielt, daß es bei einer Umgruppierung im Mittelmeer nicht ausgeschlossen werden solle. Ueberdies machte Chamberlain an Briand noch das wichtige Zugeständnis, daß er Frankreich freie Hand für die Erledigung der Tangerfrage im unmittelbaren Einvernehmen mit Spanien ohne englische Einmischung ließ. Es ist anzunehmen, daß die antirussische Einwirkung Englands in Paris so lange andauern wird, bis das englisch-russische Verhältnis wieder auf eine erträglichere Grundlage gestellt ist, wozu in Moskau Neigung vorhanden zu sein scheint. Einstweilen macht die Sowjetregierung zu der Erledigung des Rakowski-Falles noch eine lauerhafte Miene und erklärt, daß sie für die Folgen keine Verantwortung übernehmen könne. Das ist offenbar eine Hindeutung auf die schwebenden Verhandlungen zwischen Paris und Moskau über einen Nichtangriffspakt und über die Schuldenregelung, deren Einleitung oder Fortsetzung die erste Probe darauf sein wird, wie sich der Zwischenfall in der hohen Politik auswirkt.

Der Nachfolger Rakowski's bestätigt.

Paris, 14. Oktober. Die französische Regierung hat beschlossen, das Agreement für den neuen russischen Vorkonkurrenz in Paris, D. W. G. L. zu erteilen. Rakowski hat heute dem Vorsitzenden der französischen Delegation bei der französisch-russischen Konferenz, de Monsie, seinen Abschiedsbesuch gemacht. Vor dem russischen Vorkonkurrenzgebäude in Paris und dessen Seitenausgängen herrscht lebhaftes Treiben. Wepäckmannen und Automobile kommen und fahren ab. Wie es heißt, soll Rakowski bereits seine Abreise aus Paris vorbereiten. (Zu.)

Moskau, 14. Oktober. In der Antwortnote der Moskauer Regierung auf die französische Note, betreffend die Abberufung Rakowski's, bestritt sie der französischen Regierung nicht das Recht, die Abberufung des Vorkonkurrenz zu fordern, sie müsse aber eine ernste Begründung verlangen, zumal da Rakowski zwei Jahre lang am Nutzen beider Regierungen wichtige und erfolgreiche Unterhandlungen geführt habe. Die in der französischen Note angeführten Gründe könnten diesem Verlangen nicht genügen. Rakowski habe seinen Brief an de Monsie über die Schuldenvereinbarung in der französischen Presse erst veröffentlicht, nachdem ein gewichtiger Teil der französischen Presse seit Wochen und Monaten mit Mitteilungen operiert habe, die sie nur aus offiziellen Quellen schöpft haben konnte. Diese Mitteilungen, die von der völligen Ergebnislosigkeit der französisch-russischen Verhandlungen gesprochen hätten, hätten die Durchführung der russischen Delegationen beeinträchtigt. Von Unloyalität könne um so weniger gesprochen werden, als Rakowski die Monsie von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt habe. Es bleibe sonach nur die formelle Forderung des Rücktritts Rakowski's übrig, die die Sowjetregierung nicht ignorieren könne. Sie sei deshalb gezwungen, Rakowski von seiner Obliegenheit als Pariser Vorkonkurrenz zu befreien und einen Nachfolger zu ernennen, der aber in der Note noch nicht genannt wird.

Sonar London überrascht.

Die französische Schiebung in der Räumungsfrage. London, 14. Okt. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ spricht im Zusammenhang mit der französischen Haltung in der Frage der Truppenzurückziehung im Rheinlande von einer neuen Kontroverse zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich wolle in seiner Quote die 4000 Mann einschieben, die im Juni, also vor dem letzten Räumungsverprechen, zurückgezogen wurden. Dieses französische Entschließen habe sogar in London einige Überraschung hervorgerufen.

Die Pariser Verkehrs Polizei in Weiß.

Paris, 14. Okt. Die Pariser Verkehrs Polizei sollte von jetzt ab der besseren Erkenntlichkeit wegen weiß gekleidet werden, wodurch man die Zahl der Unfälle, die den Beamten während ihres Dienstes zustoßen, vermindern will.

Attentat auf den albanischen Gesandten in Prag.

(Durch Funktelegraph)

Prag, 14. Oktober. Die Polizeikorrespondenz meldet: Der albanische Gesandte Cenu Beq, gleichzeitig albanischer Gesandter in Belgrad, wurde heute abend in einem hiesigen Lokal beim Diner eines Attentates. Ein 18jähriger Burische, angeblich ein Mazedonier, stürzte sich in dem Augenblicke, als der Gesandte in der Garderobe seine Oberkleider holen wollte, auf den Gesandten und gab aus unmittelbarer Nähe einen Revolverstoß auf ihn ab. Der Gesandte brach zusammen. Das Publikum, das sich auf den Täter gestürzt hatte, übergab ihn der Polizei. Cenu Beq wurde in ein Krankenhaus übergeführt.

Cenu Beq ist auf dem Transport in das Krankenhaus gestorben.

Der Täter besuchte bereits seit drei Tagen das Café Passage. Nach dem Attentat übergab der Täter den Revolver dem Oberkellner und den Reisepass dem ihn verhaftenden Säubermann. Augenzeugen des Attentates erklärten, daß der Angreifer auf Cenu Beq zweimal, und zwar von rückwärts, geschossen hat. Er wurde dem Polizeikommissariat zugeführt, wo er einem Verhör unterzogen wurde, bei dem er erklärte, Aljivida Beq zu heißen und im Jahre 1904 in Albanien in Albanien geboren zu sein. Er sei Student. Auf die Frage, warum er das Attentat verübt habe, antwortete er, die Motive seien politischer Natur. Er habe Cenu Beq erschossen, weil dieser seine Heimat Albanien an Jugoslawien verkaufen wollte.

Litauische Unfreundlichkeiten gegen Deutschland.

Romno, 14. Oktober. In hiesigen politischen Kreisen verfolgt man mit steigendem Unbehagen die Haltung der deutschen Öffentlichkeit, die im Hinblick auf die zwischen dem Ministerpräsidenten Waldemaras und dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann gepflogenen persönlichen Verhandlungen eine Änderung der litauischen Politik in der Memelfrage erwartet und bereits von festen Zusicherungen spricht, die Waldemaras bei seiner Berliner Anwesenheit in dieser Richtung gegeben haben soll. Dieser Auffassung deutscher Kreise gegenüber wird von mahachender litauischer Seite darauf hingewiesen, daß sich Litauen eine Einmischung Deutschlands in die Memelfrage unter keinen Umständen werde gefallen lassen, weil Deutschland im Verlaufe der Verhandlungen auf das Memelgebiet habe verzichten müssen. Litauen werde keine deutsche Propaganda, die auf eine einseitige Änderung des Memelstatus im Sinne deutscher Wünsche abzielt, dulden. So sei auch nicht damit zu rechnen, daß die Redakteure zurückgenommen werde. Ebenso könne nicht damit gerechnet werden, daß anderen reichsdeutschen Redakteuren die Einreise in das Memelgebiet gestattet werden würde. Litauen als souveräner Staat werde niemals dulden, daß im Memelgebiet eine neue zentrale deutsche Propaganda gegen Litauen geschaffen werde.

In Berliner diplomatischen Kreisen wird zu der vorstehenden Romnoer Meldung erklärt, daß Deutschland niemals eine Änderung des Memelstatus verlangt habe, wohl aber als Staatsmacht darauf bestehen müsse, daß das Memelstatut eine Auslegung finde, die den berechtigten Lebensinteressen Rechnung trägt, von deren Schutz der Völkerbund die Annahme des Statuts von Litauen verlangt hat. Wenn jetzt von Romno aus damit gedroht wird, reichsdeutsche nicht mehr in das Memelgebiet hineinzu lassen, obwohl die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Niederlassungsrechtes noch gar nicht beendet sind, so kann man deutscherseits hierin nur eine betonte Unfreundlichkeit gewisser litauischer Kreise gegen Deutschland sehen, denen anscheinend an einer Verständigung zwischen Litauen und Deutschland nichts gelegen ist.

Englisch-litauische Anleiheverhandlungen.

Ausgleich mit Polen in der Wilnafrage?

Berlin, 14. Oktober. Der Londoner Korrespondent des All-Europa-Dienstes erzählt aus zuverlässigen Kreisen, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen Litauen und England über die Auslegung einer litauischen Anleihe in England schweben, die bereits unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Wesentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse, die in Anbetracht der undurchsichtigen politischen Verhältnisse im Osten besondere Bedeutung für die Geldgeber besitzen, sind noch nicht ganz geklärt, da von englischer Seite die Verzinsung und Amortisierung der Anleihe durch die litauischen Zoll- und Transitzölzölle verlangt wird.

Auf litauischer Seite sieht man aber hierin einen Verlust. Litauen auf Umwegen besonders durch gesteigerte Transitsteuern zu einer Freigabe der polnisch-litauischen Grenzverkehrswege auf dem Memelstrom ohne einengende Kontrolle zu zwingen. Immerhin scheint man litauischerseits bereit zu sein, die Wilnafrage nicht mehr mit der Intransigenz, wie es bisher geschehen ist, zu behandeln.

Nach diesen durchaus zuverlässigen Informationen ist mit einem baldigen litauisch-polnischen Ausgleich entweder auf der Grundlage der Autonomie oder eines modus vivendi mittels einer Aufteilung des Wilna-Gebietes zwischen Polen und Litauen zu rechnen.

Das Generalsmassaker in Mexiko.

London, 14. Oktober. Obregon, der mexikanische Präsidentschaftskandidat, betonte nach Meldungen aus Mexiko City, daß die Revolution endgültig niedergeschlagen sei, weil sie keinerlei Unterstützung beim mexikanischen Volk gefunden habe. Im Falle seiner Wahl, erklärte Obregon, würde er die Politik des Präsidenten Calles fortsetzen. 700 revoltierende Soldaten sind wieder nach Mexiko zurückgeführt. Die mexikanische Regierung hat drei weiteren Generälen ihr Kommando entzogen, womit die Zahl der außer Dienst gesetzten Generäle auf 29 gestiegen ist, 18 von diesen 29 Generälen wurden hingerichtet.

Amerikas sicherer Wohlstand.

Eine Rede des Präsidenten Coolidge in Pittsburg. London, 14. Oktober. Coolidge hat in einer Rede in Pittsburg die aufsehenerregende Erklärung abgegeben, daß das amerikanische Volk sich nicht länger mit dem Problem beschäftigen dürfe, wie es noch größere Wohlstand erwerben könne, sondern daß die Existenzfrage des amerikanischen Volkes darin bestehe, festzustellen, wie es in Zukunft seine bereits erreichte Wohlstand ohne Verschwendung und ohne unnötigen Aufwand zu treiben, am besten verwenden könne. Der amerikanische Arbeiter habe bereits einen hohen Grad von Wohlstand erreicht, so daß zurzeit zwischen Kapital und Arbeit keine ernst zu nehmenden Konflikte mehr in Aussicht stehen.



altbewährt bei Magen- u. Darmkrankungen (Übersäuerungen, Sodbrennen, Hypermotilität) und Darmkatarrhen

Reichslandbund, gen. Präsident Hepp, Präsident Graf v. Ralckentz, Direktor v. Gypel